AG Migration und Vielfalt, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Arbeitsgemeinschaft
Migration und Vielfalt

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon: 030 - 25991-403
Fax: 030 - 25991-404
ag.migration@spd.de

An Bundeskanzler Olaf Scholz,
Bundesinnenministerin Nancy Faeser,
die SPD-Bundestagsfraktion,
den SPD-Bundesvorstand
und die SPD-Mitglieder in der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament

18.06.2023

Erklärung des Bundesvorstandes der AG Migration und Vielfalt in der SPD:

FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT FÜR UND MIT GEFLÜCHTETE/N MENSCHEN

Die EU-Innenministerkonferenz hat auf ihrem Gipfel am 9. Juni 2023 in Luxemburg, und dort mit Bundesinnenministerin Nancy Faser als Vertreterin der deutschen Bundesregierung, dem sogenannten EU-Asylkompromiss zugestimmt. Die getroffene Einigung ist eine klare Abwehrhaltung gegenüber Menschen, die fliehen müssen. Das Ziel, Grenzverfahren und Geflüchteten-Camps verpflichtend einzurichten und dort den Anspruch der Geflüchteten auf Asyl zu prüfen, ist ein rechtstaatlicher Kotau vor den Rechtspopulisten in der EU und trifft die Schwächsten, insbesondere Familien mit Kindern und Minderjährigen sowie allein reisende Minderjährige und vulnerable Gruppen besonders hart. Wir lehnen dieses Verfahren aufs schärfste ab. Der Hinweis, dass es im Trilog mit der EU-Kommission und dem Europäischem Parlament noch gelingen werde, eine Verbesserung zu bewerkstelligen, ist wohlfeil, da es eine konservative Mehrheit im EU-Parlament gibt und diese dem Begehren progressiver Parteien nicht ohne Weiteres folgen wird.

Wir halten diesen sogenannten Asylkompromiss nicht wie Innenministerin Faeser und die Bundesregierung für einen historischen Erfolg, sondern für einen großen Rückschritt, mit dem sozialdemokratische Werte und politische Versprechen übergangen werden. Wir fordern die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, am Ende des Verhandlungsprozesses mit der EU-Kommission und dem EU-Parlament, keinem Kompromiss zuzustimmen, in dem diese humanitären Grundlagen nicht Bestandteil einer neuen Asylpolitik sind.

Gerade der Ampel-Koalitionsvertrag hat einen gesellschaftspolitischen Aufbruch und eine humanitäre Asylpolitik versprochen. Wir fühlen uns dem Vertrag verpflichtet und stehen ohne Wenn und Aber hinter den vereinbarten migrationspolitischen Maßnahmen, die umgesetzt werden müssen:

- Wir müssen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden.
- Wir brauchen bessere Standards für Schutzsuchende in den Asylverfahren und bei der Integration in den EU-Staaten.
- Die Asylanträge von Menschen, die in der EU Schutz suchen, müssen inhaltlich rechtsstaatlich innerhalb der EU geprüft werden.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, den SPD-Bundesparteivorstand und die SPD-Mitglieder in der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich für die Wahrung und Achtung der Menschenrechte und Solidarität mit den Geflüchteten einzusetzen und folgendes umzusetzen:

- Die Bundesregierung muss Abstand nehmen von populistischen Vorgehen und Narrativen, die die Aufnahme von Geflüchteten verweigert. Sie muss sich klar für die Aufnahme geflüchteter Menschen aussprechen und sich gemäß der sozialdemokratischen Leitlinie „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ und in ihrer Rolle als europäischer Player für dieses Verständnis in der Europäischen Union starkmachen.
- Statt Transitzentren zu errichten, sind inhaltlich rechtsstaatliche Aufnahmeverfahren und einheitliche Aufnahmestandards zu gewährleisten. Dabei sind die Betroffenen EU Länder personell und finanziell zu unterstützen.
- Die EU muss endlich weg vom Dublin-System und dem Alleinlassen der Grenzstaaten. Es braucht einen solidarischen Verteilmechanismus innerhalb der EU.
- Ein Europa der Menschlichkeit steht im Widerspruch zu der aktuell diskutierten Asylverfahrens-Verordnung. Diese sieht für begleitete geflüchtete Kinder massive Asylrechts- und Einreiseeinschränkungen vor. Insbesondere lehnen wir die Aspekte ab, die klare Benachteiligungen für Kinder und Jugendliche mit ihren Familien, wie der Gefahr einer Inhaftierung von Minderjährigen und der Ausschluss des Familiennachzugs zur Folge haben. Die Einsatz der Bundesregierung für Ausnahmen von begleiteten Minderjährigen und ihren Familien vom Grenzverfahren durch Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und dem EU-Parlament zeigt ein Mindestmaß an Anstand. Der Erfolg dieser Bemühungen bleibt aber unklar.
- Keine de facto Inhaftierungen: Alle Einrichtungen müssen im laufenden Asylprozess jederzeit und an jedem Schritt unverzüglich verlassen werden können.
- Eine Fiktion der Nichteinreise ist abzulehnen.
- Vulnerabilität muss fachlich adäquat durch unabhängige Stellen geprüft werden. Medizinische und psychologische Betreuung ist dauerhaft sicherzustellen.

- Analog zur deutschen Regelung sollten Geflüchtete eine unabhängige Verfahrensberatung an die Seite gestellt bekommen. Hilfsorganisationen brauchen jederzeit Zugang.
- Verpflichtendes Menschenrechtsmonitoring durch Nichtregierungsorganisationen in allen Phasen des Asylprozesses. Der Zugang und die Transparenz müssen vollumfänglich gewährleistet sein.
- Das Sterben der flüchtenden Menschen auf dem Mittelmeer muss ein für alle Mal durch humanitäre Maßnahmen enden. Die Bundesregierung muss sich in Zusammenarbeit mit den europäischen Partner:innen für den Einsatz und Ausbau der Seenotrettung mit ärztlicher Versorgung einsetzen. Dazu braucht es auch eine staatlich organisierte europäische Seenotrettung. Hilfsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert und diffamiert werden; sie sollen aufgenommene Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen ausschiffen dürfen. Wir müssen daher immer unterscheiden zwischen notwendiger Hilfe der Seenotrettung auf der einen und Geschäftemachern auf der anderen Seite, denen das Schicksal der Flüchtenden egal ist.
- Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen – auch unter Beteiligung von Frontex – müssen aufhören. Die Frontex-Politik an den europäischen Grenzen wird im Sinne humanitärer Hilfe überarbeitet und geändert. Die Bundesregierung muss sich entschieden aktiv gegen Pushbacks einsetzen.
- Frontex ist gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Rat rechenschaftspflichtig. Frontex muss von einem ständigen parlamentarischen Kontrollgremium überwacht werden. Ein strukturelles Vorbild dieses Gremiums kann das parlamentarische Kontrollgremium von Europol sein. In diesem muss Frontex regelmäßig, transparent und umfassend über die allgemeinen Tätigkeiten und über Vorgänge von besonderer Bedeutung unterrichten und weiteren Berichtswünschen nachkommen.

Auf nationaler Ebene fordern wir:

- Kommunen stärken: Die Kommunen werden zeitnah finanziell, strukturell und personell gestärkt.
- Integration muss eine Pflichtaufgabe werden. Hierfür muss es eine Rechtsgrundlage geben.
- Die Evakuierung geflüchteter Menschen aus Afghanistan wird umgehend wiederaufgenommen sowie die Aufbesserung des Bundesaufnahmeprozesses und deren Transparenz. Hiervon unabhängig müssen alle Aufnahmeprogramme umgesetzt werden.

Die aktuelle Reformdebatte berührt auch die Frage, wie die EU mit Menschen umgehen sollte, die kein Anrecht auf Asyl haben. Unser Ansatz sind dabei nicht haftähnliche Bedingungen an den Außengrenzen, sondern die Erleichterung der Arbeitsmigration – aus eigenem Interesse, aber auch, um das Asylsystem, welches für viele Menschen in unserer südlichen Nachbarschaft aktuell die einzige faktische Möglichkeit der Migration darstellt, zu entlasten. Für abgelehnte Asylbewerber:innen setzen wir weiterhin auf einen echten Spurwechsel – das Chancenaufenthaltsrecht ist dabei eine wichtige, aber keine

abschließende Lösung, da es erst nach 5 Jahren Aufenthalt greift. Bei Menschen ohne Bleibeperspektive setzen wir auf freiwillige Rückkehr.

Begründung:
Der sog. europäische Asylkompromiss in der Geflüchtetenpolitik ist bitter, weil er sich an der Abwehr von Geflüchteten orientiert. Das ist das Gegenteil eines progressiven Aufbruchs und ein Hinterherrennen hinter denjenigen in der EU, die Geflüchtete abwehren. Es ist auch ein Schlag ins Gesicht für alle, die für eine humane Geflüchtetenpolitik in Deutschland und Europa einstehen. Europa braucht sicherlich eine solidarische Verteilung, aber Europa braucht dafür auch humane, rechtlich einwandfreie und faire Verfahren. Dafür sollte Deutschland einstehen und nicht für eine Abschottungspolitik. Wir kritisieren den Kompromiss der europäischen Innenminister:innen vom 9. Juni 2023 aufs Schärfste!

Wir fordern die Bundesregierung mit sofortiger Wirkung auf, von dem menschen-verachtenden Kurs zum Asylrecht Abstand zu nehmen und sich an die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag zu halten.

Wir erinnern die Verantwortlichen der SPD-Parteispitze daran, dass Ihre Aufgabe nicht nur in der Harmonisierung zwischen den Koalitionspartner:innen und den europäischen Partner:innen, sondern auch in der Achtung der Beschlüsse unserer Partei bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages besteht.

Ein Asylpaket, geschnürt im Widerspruch zu humanitären Kriterien, was üblicherweise so nur von konservativen Kräften zu erwarten war, war und wird nie unser Verständnis eines menschenrechtsorientierten Asylrechts. Bei aller Unterstützung für eine europäische Einigung darf die humanitäre Grundausrichtung nicht vergessen werden. Das Dublin-System sollte überwunden, aber für die Betroffenen nicht verschärft werden.

Im Koalitionsvertrag haben wir unsere Forderung im Lichte unserer Grundwerte klar formuliert. Davon abzuweichen und genau eine von uns verachtete und vor allem kritisierte Gesinnung á la Seehofer zu präsentieren, akzeptieren wir nicht.

Das andauernde Versagen an EU-Außengrenzen und die unmenschlichen Bedingungen in den Flüchtlingscamps, unbestrafte und systematische Pushbacks, das Pausieren der Flüchtlingsaufnahme aus Afghanistan, zunehmende Abschiebungen, das Versagen bei der Aufnahme von Erdbebenopfern aus der Türkei und aus Syrien - diese Neuorientierung wurde zusammen mit dem vorgesehenen Asylpaket an Parteigremien und auch an der Fraktion vorbei entschieden. Das ist dem Ernst der Lage alles andere als angemessen. Expert:innen und Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Partei mit Kompetenzen in Migrationsfragen, aber auch die vielen Organisationen, die sich für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik einsetzen, müssen bei solchen weitreichenden Änderungen einbezogen werden.

Der Titel des Koalitionsvertrages lautet: Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Das vorgelegte Asylpaket entspricht einem unmenschlichen Rückschritt. Die EU-Außengrenzen zu verbarrikadieren, Willkür-Ablehnungs-Mechanismen zu gewährleisten, Inhaftierungsbedingungen ohne jegliche Grundlage zu schaffen, Abschiebung und Rückführung als erstes Ziel zu verdeutlichen und damit die Menschen ihrem Schicksal zu überlassen, ist für die rechtskonservativen EU-Länder wichtig, für uns demokratische Länder jedoch nicht tolerierbar.

Mit so einem europäischen Kompromiss verschärft die Bundesregierung die Flucht-bedingungen. Wir werden dies zusammen mit den vielen Geflüchtetenorganisationen nicht hinnehmen und erwarten eine sofortige Abkehr von diesem Asylpaket. Wir fordern eine Regierung, die sich der Wahrung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet sieht – auch auf europäischer und internationaler Ebene.